Information für Fremdarbeiter

Autor(en): **[s.n.]**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen**

Band (Jahr): **31 (1975)**

Heft 10-11

PDF erstellt am: **25.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-845364

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Information für Fremdarbeiter

«Fast unvermittelt geriet gegen Ende 1974 die in weiten Kreisen zur Normalerscheinung gewordene wirtschaftliche Überhitzung auch in unserem Lande in einen Abkühlungsprozess. Die noch anhaltende Rückbildung hat die Akzente der öffentlichen Diskussion zunehmend verschoben. Man spricht heute weniger vom Missbehagen einer ‚Überfremdung', als von der Sicherheit des Arbeitsplatzes. Man hört auch etwa die Bemerkung, das Ausländerproplem löse sich jetzt von selbst und besondere Anstrengungen, um den ausländischen Arbeitskräften die Anpassung und Eingliederung in unsere Verhältnisse zu erleichtern, drängten sich nicht mehr auf.

Die städtischen Behörden und mit ihnen sicher alle mit dem Problem vertrauten Kreise sind anderer Meinung. Wir gehen mit der Auffassung der Eidgenössischen Kommission für das Ausländerproblem einig, dass alle Anstrengungen in Richtung eines guten Einvernehmens zwischen Schweizern und Ausländern, in Richtung auf mehr Sachlichkeit und Verständnis und in Richtung einer Förderung der Eingliederung und des Sichzurechtfindens der Ausländer fortgesetzt werden müssen. Solche Bemühungen sind ja ohnehin erst vor wenigen Jahren angelaufen und es ist nicht einzusehen, warum sie im rauheren Wirtschaftsklima nicht weitergeführt werden sollten. Sie sind besonders in der Grossstadt notwendig, wo sich auch viele Einheimische und unserer Sprache mächtige Einwohner oft nur schwer zurechtfinden.»

Diese Ausführungen stellte **Stadträtin Dr. Regula Pestalozzi,** Vorsteherin des Gesundheits- und Wirtschaftsamtes, an den Anfang einer Pressekonferenz, an welcher über die Bemühungen der Stadt in der Fremdarbeiterfrage orientiert wurde.

Ende 1968 hat der Stadtrat aufgrund einer Anregung aus dem Gemeinderat die Schaffung einer Kommission für Assimilierungsfragen beschlossen. Ein Jahr später entstand auf Antrag dieser Kommission die «Städtische Koordinationsstelle für Ausländerfragen», die an der Brandschenkestrasse 6 untergebracht ist. Bisher befasste sich die Kommission vor allem mit Schulproblemen der Ausländer, mit Fragen der Information, der Eltern- und Erwachsenenbildung, der beruflichen Ausbildung und der Freizeit jugendlicher Ausländer, mit dem Wohnproblem und mit den Beziehungen zwischen Behörden und Ausländern. Zurzeit stehen Fragen des Arbeitsmarktes und der Förderung des Sprachunterrichts im Vordergrund. Die Koordinationsstelle, die als Sekretariat der Kommission wirkt, beteiligt sich an den planerischen Arbeiten und pflegt die Kontakte mit ausländischen Vertretungen, Wortführern und Ratsuchenden.

Zur Erleichterung der Orientierung wurden vor kurzem drei Merkblätter — sie sind die ersten einer fortzusetzenden Reihe — herausgegeben. In leicht verständlicher Weise geben sie Auskunft über die Arbeitslosenversicherung, die Krankenversicherung und über Wohnfragen. Die Faltprospekte sind in deutscher, italienischer, spanischer, serbokroatischer, griechischer und türkischer Sprache erschienen und bei ihrer Gestaltung wurde berücksichtigt, dass sie auch von Lesern mit geringer Schulbildung verstanden werden müssen.

Weitere Möglichkeiten einer systematischen Information für fremdsprachige Ausländer werden gegenwärtig geprüft, beispielsweise die Herausgabe eines Stadtplanes mit wegweisenden Angaben über Stadt, Behörden und Ämter.